



Dr. Karsten Neuhoff, Leiter der Abteilung Klimapolitik am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN KARSTEN NEUHOFF

»Steigerung der Energieeffizienz könnte Stromausgaben nachhaltig senken«

1. Herr Neuhoff, die EEG-Umlage, die Stromverbraucher für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien zahlen müssen, wird im nächsten Jahr steigen. Welche Folgen hat das für die privaten Verbraucher? Bisher zahlen die privaten Verbraucher für erneuerbare Energien 3,59 Cent pro Kilowattstunde. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Betrag im nächsten Jahr auf über fünf Cent steigen wird. Der gesamte Strompreis liegt für Privatverbraucher bei 25 bis 27 Cent pro Kilowattstunde. Wir gehen davon aus, dass die Haushalte im nächsten Jahr insgesamt rund 2,5 Prozent ihrer Konsumausgaben für die Stromrechnung aufwenden müssen.
2. Wie stark betrifft das vor allem die ärmeren Haushalte? Hier sehen wir die Hauptherausforderung. Während der Durchschnittshaushalt 2,5 Prozent für Strom ausgibt, liegt dieser Anteil im untersten Dezil der Bevölkerung bei 4,5 Prozent der gesamten Konsumausgaben. Eine Steigerung des Strompreises fällt hier deutlich mehr ins Gewicht als bei allen anderen Konsumsegmenten.
3. Müsste die steigende EEG-Umlage nicht auch zu einer Anpassung der Sozialtransfers führen? Die Grundsicherung wird jedes Jahr an die Inflation angepasst. Allerdings wissen wir schon in diesem Oktober, dass der Strompreisanstieg im nächsten Jahr über der Inflation liegen wird. Insofern wäre es empfehlenswert, die Grundsicherung für das nächste Jahr anzupassen und um 1,67 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt zu erhöhen. Zudem gibt es BAföG- oder Wohngeldempfänger, bei denen ein Betrag in ähnlicher Größenordnung anfallen würde.
4. Was ist mit den ärmeren Haushalten, die keine Transferleistungen beziehen? Für diese Haushalte gibt es noch zwei andere Möglichkeiten, soziale Härten zu kompensieren. Zum einen wird immer wieder eine Reduzierung der Stromsteuer diskutiert, die gegenwärtig

2,05 Cent beträgt. Wenn man hier die Stromsteuer für die ersten 1 000 Kilowattstunden auf den Minimumsatz von 0,1 Cent reduzieren würde, wäre insbesondere den ärmeren Haushalten geholfen.

5. Welche weiteren Maßnahmen wären denkbar, um soziale Härten zu vermeiden? Die effektivste Möglichkeit sehen wir in einer Förderung der Energieeffizienz, denn wenn ich den Strombedarf eines Haushaltes um 20 Prozent senke, fallen auch die Stromkosten dieses Haushaltes um diesen Anteil. Zum Beispiel entfällt knapp ein Drittel des privaten Stromverbrauchs auf den Kühlschrank. Durch den Austausch eines alten Kühlschranks lassen sich zwischen 40 und 60 Euro pro Jahr einsparen. Das ist weit mehr als der Strompreisanstieg, den wir gegenwärtig diskutieren. Diese Maßnahme rentiert sich innerhalb weniger Jahre, ist aber gerade für einkommensschwache Haushalte schwierig zu finanzieren. Hier wäre es erwägenswert, für solche Haushalte eine staatliche Förderung zum Austausch ihrer Kühlschränke einzuführen. Denkbar ist eine Prämie von 150 Euro für den Kauf eines effizienten neuen Kühlschranks.
6. Wie stark würden die verschiedenen Lösungen zur Vermeidung sozialer Härten die öffentlichen Kassen belasten? Die direkte Anpassung der Transferleistung von Grundsicherung, Wohngeld und BAföG würden insgesamt rund 150 Millionen Euro pro Jahr kosten. Die Reduktion der Stromsteuer für einen Grundbetrag von 1 000 Kilowattstunden läge in der Größenordnung von rund 800 Millionen Euro, und das von uns als sehr attraktiv angesehene Programm zur Förderung des Austauschs der Kühlschränke bei ärmeren Haushalten würde über zwei Jahre verteilt insgesamt 560 Millionen Euro kosten. Diese Zahlen muss man jedoch im Kontext betrachten. Die Mehrwertsteuer allein auf die EEG-Umlage beträgt ab nächstem Jahr 1,4 Milliarden Euro.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Dietmar Edler

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.